

RATHAUSREPORT

15. Jahrgang

2. Stadtverordnetenversammlung vom 12. November 2008

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE. Potsdam 10/08

► Freiräume ► Kita-, Schul- und Hortsanierung ► Wohnungskonzept



Jana Schulze

„Freiräume statt Stadtschlosssträume“ forderten ca. 40 Jugendliche mit Transparenten und in einer Erklärung an die Stadtverordneten. Bezeichnend war, dass sowohl Stadtverordnete der SPD als auch der CDU und andere den Saal verließen, als die Jugendlichen ihre Resolution verlasen. Auch wenn der Vorgang nicht ganz im Sinne der Geschäftsordnung war, hatte doch eine Mehrheit der Stadtverordneten auf unseren Antrag hin beschlossen, dem geforderten Rederecht stattzugeben.

Übrigens

Der Stadtjugendring und das Kinder- und Jugendbüro Potsdam haben im Rahmen der Erstwählerkampagne zu den Kommunalwahlen „Ich wähle, weil ...“ auch eine Befragung von U-18-jährigen Potsdamer/innen durchgeführt, in deren Ergebnis sich ein „Ideales Wahlprogramm“ für die U-18-Jährigen“ darstellte. Danach müssten im Mittelpunkt der Arbeit vor allem folgende Themen stehen:

- Verkehr: Radwegenetz verbessern, kostenloser ÖPNV
- Kultur/Freizeit: Erhalt des Waschhauses und des Lindenparks, neuer Standort für Spartakus, Überwindung des „subjektiven Gefühls“, in der Innenstadt und auf öffentlichen Plätzen unerwünscht zu sein

- Wohnen: Sozialverträgliche Mieten gesellschaftliche Werte: tolerantes Miteinander und eine umweltfreundliche Politik.

- Sicherheit: Die Jugendlichen fühlen sich überwacht, 60 % sagen, dass zu viel Polizei unterwegs sei, ebenso viele sprechen sich gegen die Videoüberwachung öffentlicher Plätze aus.

In puncto Stadtentwicklung sind 70 % gegen den Wiederaufbau des Stadtschlusses und äußern ihr Unverständnis darüber, dass dafür Geld vorhanden ist. Den Stadtverordneten wurde eine kleine Broschüre über die Ergebnisse der Befragung überreicht, die hoffentlich nicht zu schnell in diversen Schubladen verschwindet.

Mit auf den Weg ...

Liebe Leserin, lieber Leser,

die zweite Sitzung der StVV hatte es trotz der relativ kurzen Tagesordnung in sich. Der Oberbürgermeister hatte in seinem Bericht eine „vertrauensvolle Zusammenarbeit“ aller Fraktionen und der Verwaltung angemahnt, die wir gerne – trotz so manch anderer Erfahrungen in der letzten Wahlperiode – befolgen wollen. Sachgerechte Diskussionen und Streit um die besten Ideen gehören ohnehin zum Selbstverständnis der LINKEN in Potsdam. Wir werden den OB in den nächsten Jahren an seinen Worten messen und vor allem weiter darauf drängen, dass u. a. das Fragerecht der Mitglieder der StVV gegenüber der Verwaltung nicht eingeschränkt wird.. Froh bin ich darüber, dass es uns



gelingen ist, einen einstimmigen Beschluss der StVV für die Sanierung von Schulen, Kitas und Sporthallen der Stadt bis zum Ende der Wahlperiode 2014 herbeizuführen. Dieser Beschluss bringt endlich den seinerzeit durch meine Fraktion durchgesetzten Begleitbeschluss zum Landtagsneubau auf einen guten Weg. Weniger erfreulich war für uns jedoch der Umgang der StVV, vor allem seines Vorsitzenden und des Oberbürgermeisters, mit den jungen Leuten, die auf unkonventionelle Weise ein Rederecht für die Probleme der Jugendclubs in der Innenstadt reklamierten. Der unsägliche Nazimethodenvergleich des OB und die Art der Verweigerung, sich die Probleme anzuhören, waren beschämend. Es war gut, dass sich eine Mehrheit der StVV fand, die zur Deeskalierung unserem Antrag auf Rederecht für die jungen Leute zustimmte. Wir werden jedenfalls weiter darauf drängen, dass Jugendliche auch in der Innenstadt von Potsdam ihre Freiräume haben.

Ihr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg,
Fraktionsvorsitzender und MdL



**im November
von Dr. Sigrid Müller**

Potsdams Jugend verschafft sich Gehör

Der Protest wird sicht- und hörbarer, vielfältiger und nachdrücklicher!

Am 8. 11. 2008 demonstrieren ca. 1500 junge Leute friedlich für mehr Freiräume, für den Erhalt von Jugendeinrichtungen bzw. für den Ersatz bereits geschlossener Einrichtungen vor allem in der Innenstadt. Im Anschluss daran feierten sie in der Skaterhalle in der Kurfürstenstraße. Die Party wurde durch einen Polizeieinsatz beendet, der nach Aussagen Beteiligter brutal und unverhältnismäßig war.

Die Skaterhalle wird es demnächst nicht mehr geben. „S 13“ und „Spartacus“ sind zu, das „Archiv“ in seinem Bestehen nicht gesichert. Am 12.11.2008 demonstrieren ca. 200 Potsdamer Schüler: „Wir sind hier, wir sind laut, weil ihr uns die Bildung klaut!“ , „Ohne Bildung keine Zukunft!“. Am selben Tag „stürmten“ ca. 40 junge Leute die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung. „Freiräume statt Schlossräume!“ hieß es auf einem Transparent. Lautstark forderten sie gegen den Widerstand von Stadtverordnetenvorsteher und Oberbürgermeister ein Rederecht. Auf Antrag der LINKEN durften sie ihre Erklärung verlesen. Dann verließen sie friedlich den Saal, hatten jedoch den Eindruck, dass ihnen die Politiker wieder einmal nicht zugehört haben. Waren es Ohnmacht, Wut oder ein Hilferuf, oder die Einforderung von Wahlversprechen, die sie zu dieser Aktion führten?

Sicher ist: Junge Leute wissen sehr genau was sie wollen und sind bereit, dafür Verantwortung zu übernehmen. Es ist jetzt allerhöchste Zeit, dass dies auch die Politik und die Verwaltung in der Stadt tut. DIE LINKE ist bereit dazu.

Die Autorin ist jugendpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE

Kleinteilige Sanierung

Hella Drohla begründete den Antrag der LINKEN, dass es aus Gründen der Flexibilität notwendig ist, in den Entwurf des Haushaltsplanes für 2009 zusätzlich zu dem langfristigen Ziel der Kita-, Hort- und Schulsanierung eine Position „kleinteilige Maßnahmen an und in Schulgebäuden“ aufzunehmen. „Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg“, so die Stadtverordnete. Obwohl auch Stadtverordnete anderer Fraktionen diese Forderung für berechtigt hielten, werden sich die zuständigen Ausschüsse damit befassen, vor allem um zu klären, was unter „kleinteiligen Maßnahmen“ zu verstehen ist.

Verbesserung der Verkehrsverhältnisse

Ralf Jäkel, DIE LINKE, forderte noch einmal grundsätzlich, im Interesse von Anwohnern und Besuchern der Stadt die Verkehrsverhältnisse am Brauhausberg und in der Leipziger Straße zu verbessern. Ziel soll es sein, die Verkehrsführung zu verbessern, um die Belastungen der Anlieger zu verringern, Staus weitestgehend zu verhindern und die Verkehrssicherheit aller Verkehrsteilnehmer zu erhöhen. Dazu soll ein Variantenvergleich vorgelegt werden. Über das Ergebnis der Ausschussberatungen wird der Rathausreport berichten.

Kostenloses Schulessen

DIE LINKE hält an ihrer Forderung nach einem kostenlosen Schulessen für sozial bedürftige Schülerinnen und Schüler ab dem Schuljahr 2009/2010 fest. Jana Schulze, DIE LINKE, begründete den Antrag u. a. damit, dass sie davon ausgeht, dass die Auswertung des derzeit stattfindenden Monitorings zum Schulessen die Empfehlung geben wird, ein kostenloses Schulessen einzuführen. Dafür spricht bereits jetzt die relativ geringe Teilnahme (ein Viertel der in Frage kommenden Schüler/innen) am ermäßigten Schulessen. Man darf gespannt auf das Ergebnis der Ausschussberatungen sein.

 Angemerkt

Ins Stammbuch geschrieben

DIE LINKE wollte erreichen, dass der OB in der Dezembersitzung der StVV über seine Vorstellungen zur Entwicklung der Stadtverwaltungsstruktur in den nächsten fünf Jahren berichten sollte. Doch die Debatte zeigte, dass ein solcher Bericht wohl nicht gegeben werden kann, denn der OB hat keine Strategie für die künftige Struktur seiner Verwaltung. Er warf dem Antragsteller vor, ihm zu unterstellen, dass große Strukturveränderungen im Schwange seien, die jedoch nicht anstünden und überhaupt. Es würde jeweils „situativ“ entschieden und wenn es soweit sei, würde man die StVV schon unterricht-

Beschleunigtes Wohnungskonzept

„Was die Stadt angesichts des seit erhöhten Bedarfs an bezahlbaren Wohnungen braucht, ist bekannt, was wir wollen auch, nur mit wem und in welchem Umfang dies betrieben werden soll, steht aus“, begründete Rolf Kutzmutz, DIE LINKE, den Antrag seiner Fraktion nach einer beschleunigten Erarbeitung eines Wohnungskonzepts. Er erinnerte daran, dass die Verwaltung bereits im Juni 2007 mitgeteilt hatte, dass an einem entsprechenden Konzept gearbeitet werde. Jetzt dränge die Zeit, Partner zu suchen, die das Konzept entscheidend vorantreiben können. Ob das geschieht, wird zunächst in den zuständigen Ausschüssen beraten.

Skaterhallenverkauf

Der jüngste Stadtverordnete, Jens Gruschka, DIE LINKE, engagierte sich leidenschaftlich dafür, dass der Erlös aus dem anstehenden Verkauf des Areals vor dem Palais Lichtenau zwischen Behlert- und Kurfürstenstraße, auf dem sich die Skaterhalle befindet, zusätzlich für die Jugend- und Soziokultur verwendet wird. „Die Stadtverwaltung hat oft Projekte der Jugend- und Soziokultur zu wenig unterstützt. Mit dem Abriss der Skaterhalle fällt wieder ein Objekt weg“, so Kruschka. Der Einsatz des Verkaufserlöses für die Jugend- und Soziokultur sei haushalterisch möglich und sollte auch erfolgen. Der Antrag der LINKEN wird in den Ausschüssen weiter beraten.

Stadtteilmanagement

Auf dem Weg zur Bürgerkommune, so Hans-Jürgen Scharfenberg, ist es angebracht, ein Minimum an Verwaltung dezentral zu organisieren. Deshalb fordert DIE LINKE, in den Entwurf des Haushaltsplanes für 2009 eine Position „Stadtteilmanagement Waldstadt II“ (hier leben ca. 10.000 Potsdamer, d. R.) auszunehmen und die Voraussetzungen für die Besetzung einer solchen Stelle zu schaffen. Ob sich eine Mehrheit für den Antrag findet, werden die Ausschussberatungen ergeben.

ten. Der Redebeitrag des OB wird nun ins Protokoll der StVV aufgenommen, damit die Stadtverordneten zu gegebener Zeit darauf zurückgreifen können.

Frauenpower

Die Fraktion DIE LINKE hat beschlossen, dass die drei Ausschüsse, für die diese Fraktion die Vorsitzenden benennen kann, durch Frauen geleitet werden. So wird Dr. Karin Schröter dem Ausschuss für Kultur, Jana Schulze dem Ausschuss für Gesundheit und Soziales und Anita Tack dem Ausschuss für Stadtplanung und Bauen vorstehen. Alle drei versicherten, die Arbeit überparteilich und sachgerecht zu organisieren.

☞ Stadtverordnete der Fraktion DIE LINKE fragten – die Verwaltung antwortete

Fragen an die Verwaltung werden auch in dieser Wahlperiode ein wichtiges Instrument der Stadtverordneten nicht nur zur Erhöhung der Transparenz von Verwaltungsentscheidungen sein. Dieses Mittel wird vor allem von den Stadtverordneten der LINKEN genutzt, wie sich auch am 12. November 2008 zeigte. Von den 17 eingereichten Fragen kamen 9 von der linken Fraktion.

Kirchsteigfeld

Welche Vorhaben zur städtebaulichen Erschließung des Eingangsbereichs zum Kirchsteigfeld der Verwaltung bekannt seien, wollte Jana Schulze, DIE LINKE, erneut wissen. Die Baubeigeordnete erläuterte, dass man in der Vergangenheit im Gespräch war über die Einrichtung eines Supermarktes oder eines Seniorenheimes, es jedoch bis heute keinen verbindlichen Verfahrensstand mit entsprechendem Bauantrag gäbe. Seit Mitte 2007 hätten keine Gespräche mehr stattgefunden, seitens der Verwaltung gäbe es keine Kenntnisse zum aktuellen Verfahrensstand.

Hartz-IV-Klagewelle

Die Sozialbeigeordnete teilte die Auffassung von Jana Schulze nicht, dass man von einer erhöhten Klagewelle beim Sozialgericht gegen Entscheidungen der PAGA sprechen könne. Angesichts von monatlich ca. 1.700 ausgestellten Bescheiden sei der Anteil der Klagen dagegen mit ca. 7,5 % gering. Zudem habe die PAGA zwischenzeitlich Maßnahmen eingeleitet, um rechtsichere Bescheide zu erteilen. So seien zur Verstärkung der Rechtssicherheit verstärkt Schulungen der Mitarbeiter erfolgt, man arbeite auch daran, die Bescheide in verständlicherer Form auszulegen und den Umgang mit den Kunden zu verbessern. Seitens der Verwaltung seien keine weiteren Maßnahmen erforderlich, da die PAGA alles Erforderliche unternommen habe.

Tieffluglärm

Karin Schröter, DIE LINKE, wollte erneut wissen, was seitens der Verwaltung unternommen wird, um die betroffenen Bürger/innen vor allem in Eiche, Golm und Potsdam/West in ihrem Engagement gegen den Fluglärm zu unterstützen. Und wieder verwies die zuständige Beigeordnete auf Obliegenheiten. Die Verwaltung sei dafür nicht zuständig, man könne nur im Rahmen von Gesprächen an Rücksichtnahme appellieren. Die Stadt könne nicht in Klagesituationen eintreten, die Betroffenen müssten sich um ihre „vermeintlichen rechtlichen Belange selbst kümmern“, so Elona Müller. Auf Nachfrage, ob es nicht auch um die Einhaltung der vorgeschriebenen Flughöhe ginge, meinte die Beigeordnete, dass, wenn dies tatsächlich ein Problem sei, die Stadt etwas tun könne. Doch auch der OB machte noch einmal deutlich, dass es keinerlei Zuständigkeit der Stadt-

verwaltung gibt. „Wir können den Fluglärm nicht messen, haben uns dennoch an die zuständige Behörde gewandt, die jedoch keinen Handlungsbedarf sieht“. In Bezug auf die Flughöhe, so die Beigeordnete, könne man sich ja noch einmal an die Behörde wenden und auf Kontrollpflichten hinweisen.

Ufergaststätte

Wie die Verwaltung die Perspektive der Ufergaststätte sieht, wollte Karin Schröter wissen. Die Baubeigeordnete sagte, dass diese Eigentum der TLG sei, die dort eine Seniorenanlage, betreutes Wohnen oder Pflegeeinrichtungen plane. Eine entsprechende Baugenehmigung gäbe es seit August 2005. Die Realisierung scheiterte bislang jedoch am fehlenden geeigneten Betreiber. Die derzeit laufenden Gespräche zeigen aber, dass im Rahmen der vorliegenden Baugenehmigung bislang keine Verwertung stattfinden könne, ein angekündigter weiterer Bauantrag liege jedoch noch nicht vor. Die Verwaltung will im Dezember die StVV informieren, schließe aber bereits jetzt definitiv die Nutzung der Ufergaststätte als Bürgerhaus – auch als Zwischenlösung – aus. Das Thema alternativer Standort für ein Bürgerhaus werde noch einmal Gegenstand der nächsten Stadtteilkonferenz sein.

Taktverdichtung

Ralf Jäkel, DIE LINKE, erkundigte sich danach, wann der mindestens halbstündige Halt der RE-1-Züge an den Potsdamer Bahnhöfen Charlottenhof und Sanssouci/Wildpark in den Fahrplan aufgenommen werden könne. Die Beigeordnete sagte, dass derartige Nachfragen immer wieder kämen, aber die Leistungsbestellung und Finanzierung liege beim Land, nicht bei der Stadtverwaltung. Dennoch habe man mehrfach beim Land und beim Verkehrsverbund den Wunsch geäußert, aber es bestehe wenig Hoffnung. Dennoch sicherte die Beigeordnete zu, dass „wir uns noch einmal an die zuständigen Stellen wenden werden“.

Luisenplatz

Für eine Umgestaltung des Luisenplatzes, wie von Karin Schröter, DIE LINKE, angefragt, gäbe es wenig Spielraum, so die Beigeordnete. Man hoffe, dass der

Brunnen zu Ostern 2009 wieder in Betrieb genommen werden kann, zur Beseitigung der Pfützen auf dem Platz werde nach Lösungen gesucht, ein genereller Umbau des Platzes sei aber auch angesichts der gewollten temporären Nutzungen (Märkte etc.) nicht sinnvoll. Zudem sei die Tragdecke der Tiefgarage „empfindlich“. Man denke aber über eine temporäre Erweiterung der Außenbereiche der ansässigen Gastronomen nach.

„Initiative Oberschule“

Auf die Frage von Jana Schulze, welche Oberschulen der Stadt sich an der Landesinitiative Oberschule beteiligen, erklärte die Beigeordnete, dass sich alle Oberschulen der Problematik mit entsprechenden Partnern angenommen haben.

Schulsozialfonds

Die Stadtverwaltung hat im Zusammenhang mit dem einzurichtenden Schulsozialfonds i. H. v. 58.300 EUR durch eine Befragung die Anzahl von etwa 1.500 sozial bedürftigen Schüler/innen ermittelt. Diese Zahl ist die Grundlage für die Zuweisung entsprechender Landesmittel. Aus bisherigen Darstellungen der Stadtverwaltung geht jedoch hervor, dass allein der Kreis von Schüler/innen, deren Eltern Alg II erhalten, mindestens 2.200 Personen umfasst, Grund für Hans-Jürgen Scharfenberg, DIE LINKE, nachzufragen, woher dieses Differenz rührt. Die zuständige Beigeordnete klärte auf, dass es bei der Befragung lediglich um diejenigen ging, die Lehr- und Lernmittelfreiheit anwenden, dies sei etwas anderes als beim Schulesen. Bei der Befragung und Erfassung in den Schulen gab es keinerlei Schwierigkeiten, sagte die Beigeordnete auf Nachfrage.

Zugangssperre

Wann der Weg zur Sporthalle in der Heinrich-Mann-Allee wieder voll begehbar gemacht wird, fragte Hans-Jürgen Scharfenberg. Der Bürgermeister sagte, dass Hintergrund der Zugangssperre ein Schadensfall war, der durch unsachgemäßen Umgang Dritter mit Technik zur Beschädigung des Gehweges führte. Dies müsse reguliert werden. Er gehe jedoch davon aus, dass dies bis Ende November, Anfang Dezember 2008 erledigt sei.



... und die Skaterhalle muss weichen!
(s. links „Zur Wiedervorlage“)



Angenommen

Sanierungsprogramm

Bis zum Jahr 2014 sollen alle Schulen, Kitas und Sporthallen der Stadt saniert sein. Der Argumentation Hans-Jürgen Scharfenbergs (DIE LINKE), dass dieses Anliegen von allen Parteien im Wahlkampf vertreten wurde, bereits Gegenstand der Debatte um den Landtagsneubau war und in der Stadt tatsächlich eine vordringliche Aufgabe sei, folgten die Stadtverordneten einstimmig. Grundlage dieses Sanierungsprogramms, das im Zusammenhang mit dem Haushaltentwurf für 2011 vorliegen soll, wird die bis März 2009 fertig zu stellende Kita-, Hort- und Schulentwicklung sein. Damit ist ein grundlegender Beschluss für die gesamte Wahlperiode gefasst worden.

Abwassergebühren

Der von Stadtverordnetenneuling, Pete Heuer, DIE LINKE, begründete Antrag, dass der OB bis zum I. Quartal 2009 darzustellen hat, wo Potsdam im Vergleich zu anderen deutschen Städten bei den Abwassergebühren liegt, worin Ursachen

für abweichende Kosten liegen und welche Schlussfolgerungen gezogen werden, um mittelfristig die Kosten für die Abwasserbeseitigung möglichst zu reduzieren, wurde von der StVV angenommen.



Zurück in den Ausschuss

Vier Anträge der Fraktion DIE LINKE waren in der alten Wahlperiode noch nicht entschieden worden und sollen nun noch einmal in den Ausschüssen beraten werden. Dabei geht es zum einen um die Forderung nach einer Familienkarte, die in allen städtischen Einrichtungen zu vergleichbaren Bedingungen für alle Familienmitglieder zur Verfügung gestellt werden soll. Des weiteren um die Einführung eines Sozialrabatts für bedürftige Haushalte durch einen Fonds für energieeffiziente Haushaltstechnik, um die Weiterentwicklung der Internetpräsenz der Potsdamer Ortsteile und um die Durchführung einer soziologischen Jugendbefragung. Dazu sollen alle Potsdamer zwischen 15 und 30 Jahren zu ihrer Lebenssituation befragt werden. Beim Thema „Familienkarte“ stellte Karin

Schröter, DIE LINKE, missbilligend fest, dass es durch unkorrektes Handeln des Oberbürgermeisters, der es bislang versäumt hatte, „dieses Anliegen in der Verwaltung zu besprechen“, zur weiteren Verzögerung kommt. Der nach Beratung im Haupt- und Kulturausschuss überarbeitete Antrag sei abstimmungsreif. Sie bedauere diesen Vorgang zutiefst, denn damit sei eine missliche Situation entstanden.



Aus den Ortsbeiräten

Heute: Groß Glienicke

Das Miteinander ist unsere Chance

Von Peter Kaminski, DIE LINKE, Orstvvorsteher

Am 28.09.2008 wurde auch der Ortsbeirat in Groß Glienicke gewählt. Dem OBR gehören Birgit Malik (Forum), Jana Mücke (CDU), Franz Blaser, Manfred Dreusik (beide SPD)

Peter Kaminski (DIE LINKE), Norbert Mensch (CDU), Andreas Menzel (Bündnis 90/Die Grünen), Hartmut Selke (WGG) und Winfried Sträter (Forum) an. Ich halte es für ein gutes Zeichen, dass 6 von 9 Mitgliedern im Amt bestätigt worden sind und die Wahlbeteiligung sich gegenüber 2003 um fünf Prozent erhöht hat.

Mit der Wahl von Peter Kaminski zum Ortsvorsteher und Winfried Sträter zum stellvertretenden Ortsvorsteher wird versucht, neue Wege zu gehen. Peter Kaminski wird nach 2 Jahren das Amt an Franz Blaser übergeben und dieser dann an Norbert Mensch. Voraussetzung ist, dass alle Ortsbeiräte konsequent und konstruktiv an der Umsetzung der Schwerpunkte für die Entwicklung des Ortsteils arbeiten.

Ziel des OBR sollte es sein, Investitionen und Entwicklungen für den Ortsteil möglichst geschlossen gegenüber der Potsdamer Verwaltung zu vertreten und einzufordern.

Die erste Klausurtagung am 11.11.2008 hat dazu einen Grundstein gelegt.

Der OBR, der zu Beginn der vergangenen fünf Jahre eher durch seine Zerstrittenheit, Ausgrenzung von Ortsbeiräten und eine von Diffamierungen und persönlichen Angriffen geprägten Beratungskultur geprägt war, hat die Chance erkannt, dass nur gemeinsam eine Wirkung in der Stadtverwaltung erreicht werden kann.

Ein fairer Umgang miteinander und eine transparente Gestaltung der Arbeit des Gremiums sind dafür die Grundlage. Der erste Schritt ist getan.



Was – wann – wo

Sitzungen der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Potsdam

Stadthaus, Raum 3.107 bzw. 3.025, Beginn jeweils 18 Uhr
24. November; 01.; 08. und 15. Dezember 2008

3. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Potsdam

Stadthaus, Plenarsaal
03. Dezember 2008, Beginn 13 Uhr

Frühschoppen „Rathausreport live“

Haus der Begegnung, Zum Teufelssee 30 – Waldstadt II
07. Dezember 2008, Beginn 10 Uhr

Ausgabe „Rathausreport“ Nummer 11/2008

Stadthaus, Raum 3.107
12. bis 17. Dezember 2008 (außer Sa. und So.)

Info-Stände in den Stadtteilen:

12. Dezember 2008	14:00 Uhr Marktcenter, Breite Straße
	14:30 Uhr Kepler-Platz, Am Stern
	15:00 Uhr Rathaus Babelsberg
	16:00 Uhr Havel-Nuthe-Center, Drewitz
13. Dezember 2008	10:00 Uhr Marktplatz, Kirchsteigfeld
	10:00 Uhr Stadtplatz, Am Schlaatz
	10:00 Uhr REWE-Kaufhalle, Zentrum Ost

Bürgersprechstunde von Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, Fraktionsvorsitzender und MdL am 27. November 2008 von 18-20 Uhr

im Bürgerbüro, Galileistraße 37/39 (Bürgerhaus Stern*Zeichen)
Vorankmeldungen sind möglich unter:
Tel.: 0331/600 50 69; Mail: wkbscharfenberg@aol.com

Da der

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam

Vi.S.d.P. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

sehr gefragt ist, geben Sie ihn bitte weiter, wenn Sie ihn gelesen haben

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per eMail an uns: Fraktion DIE LINKE, Friedrich-Ebert-Straße 79/81, 14469 Potsdam
eMail: DIE LINKE-Stadtraktion@Rathaus.Potsdam.de
Telefon: 0331-2893051, Fax 0331-2893119